Indien - Ernährungssicherheit per Gesetz? : Ein fragwürdiger Ansatz zur Bekämpfung des Hungers

Autor(en): **Hoering, Uwe**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **33 (2014)**

Heft 64

PDF erstellt am: **27.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-652122

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Uwe Hoering

Indien – Ernährungssicherheit per Gesetz?

Ein fragwürdiger Ansatz zur Bekämpfung des Hungers

Das Gesetz zur Ernährungssicherheit (National Food Security Act, NFSA), das Anfang September 2013 vom indischen Parlament verabschiedet wurde, klingt nach einem Meilenstein im Kampf um das Recht auf Nahrung. Für zwei Drittel der Bevölkerung soll es den «Zugang zu Nahrungsmitteln sicherstellen». Dafür soll das bestehende Public Distribution System (PDS), über das bereits für einige Bevölkerungsgruppen subventionierter Reis und Weizen bereitgestellt werden, reformiert werden. Doch um eine umfassende Ernährungssicherheit zu garantieren, ist nicht nur das Gesetz selbst zu ambivalent und lückenhaft. Auch der Ansatz selbst ist fragwürdig.

Indiens Public Distribution System

Über das Public Distribution System, das seit den 1960-Jahren besteht, verteilt der indische Staat stark subventioniert neben Gütern des alltäglichen Bedarfs wie Seife, Zucker und Kerosin auch Grundnahrungsmittel. Die Food Corporation of India (FCI), die der Zentralregierung in Delhi untersteht, kauft zu einem Garantiepreis (Minimum Support Price, MSP) Getreide auf, wodurch im Rahmen der «Grünen Revolution», der Produktionssteigerung der Landwirtschaft durch Hochertragssorten, die Agrarproduktion und bäuerliche Betriebe unterstützt wurden. Das Getreide wird zum einen als Absicherung gegen Produktionsschwankungen und Hungersituationen eingelagert. Zum anderen wird es über lizenzierte Geschäfte an bezugsberechtigte Haushalte verteilt, wobei die Mengen über die Jahre variierten, immer aber nur eine zusätzliche Versorgung darstellten.

Dadurch sollen Verbraucher gegen Preisschwankungen und überhöhte Marktpreise geschützt und die Produktion von Grundnahrungsmitteln durch einen gesicherten Absatzmarkt gefördert werden. Gegenwärtig werden rund 30 Millionen Tonnen über das PDS verteilt. 2012/13 kaufte die FCI 41 Prozent der Weizenernte auf.[1] Ihre Aufkäufe von Reis und Weizen haben sich bis 2012 gegenüber 1999/2000 auf 73 Millionen Tonnen und damit fast ein Drittel der gesamten Getreideproduktion mehr als verdoppelt. Eine Ursache dafür sind gestiegene Verkäufe durch Bauern an die FCI aufgrund eines höheren Garantiepreises.[2]

War das System anfangs stark auf die städtischen Gebiete fokussiert,

wurde es nach und nach auch auf arme ländliche Regionen ausgeweitet. Inzwischen gibt es rund 500 000 sogenannte Fair Price Shops, über die der Verkauf läuft. Zuständig für die Verteilung der Getreidelieferungen durch die FCI sind die Regierungen der einzelnen Bundesländer.

Mit der Einführung des Targeted Public Distribution System bekam das PDS 1997 eine explizite Armutsorientierung. Haushalte beziehungsweise Personen, die unterhalb der Armutsgrenze (Below Poverty Line, BPL) von gegenwärtig weniger als 27 Rupien (umgerechnet 33 Euro-Cent) am Tag in ländlichen Regionen und 33 Rupien in den Städten leben, haben demnach Anrecht auf den Bezug von 35 Kilo Getreide je Haushalt im Monat, dessen Preis weit unter den Bereitstellungskosten liegt. Im Rahmen allgemeiner Vorgaben durch die Zentralregierung ist es Aufgabe der Regierungen der Bundesländer, die Anspruchsberechtigung festzustellen.

Bereits dieser kurze Abriss zeigt, dass das System über die Zeit und durch verschiedene Veränderungen und Reformversuche immer breiter, aber auch immer komplizierter geworden ist. Es ist intransparent, anfällig für Korruption und Missbrauch, etwa den illegalen Verkauf durch Fair-Price-Shop-Betreiber, und erreicht bei weitem nicht alle armen Familien und Personen. Ein erheblicher Teil der Getreidemengen, die aufgekauft werden, verrotten in Lagern der FCI.

Rechtsanspruch

Trotz dieses weltgrössten Programms einer Verteilung von Nahrungsmitteln für eine Grundsicherung ist die Versorgungssituation mit Grundnahrungsmitteln in Indien durch einen skandalösen Widerspruch gekennzeichnet: Nach Einschätzung des Global Hunger Index 2012 verbesserte sich trotz hoher Wachstumsraten die Ernährungssituation zwischen 1996 und 2011 nicht wesentlich.[3] Zwei von fünf Kindern sind unter- oder mangelernährt.[4] Andererseits quellen die Vorratslager der FCI über. Weizenexporte, die 2012/13 mit 6,5 Millionen Tonnen einen Rekordstand erreichten, werden auf Kosten der Steuerzahler subventioniert.[5]

Entscheidend an dem neuen Gesetz ist, dass jetzt ein Rechtsanspruch auf eine Grundsicherung besteht. Durch erfolgreiche Klagen von Menschenrechtsorganisationen wie der People's Union for Civil Liberties (PUCL) und durch Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs (Supreme Court) ist damit der Anspruch auf Ernährungssicherheit inzwischen in der indischen Politik und Gesetzgebung verankert.

Allerdings konnten Oppositionsparteien und Aktivisten für das Recht auf Nahrung wie die Right to Food Campaign nicht erreichen, dass ein universeller Anspruch anerkannt wurde. Mit dem neuen Gesetz wird zwar die Reichweite des bestehenden Systems von gegenwärtig schätzungsweise 25 Prozent der Gesamtbevölkerung auf 50 Prozent der Bevölkerung in

den Städten, 75 Prozent auf dem Land ausgeweitet – doch das stellt eine mehr oder minder willkürliche Vorgabe des Gesetzgebers für die Anspruchsberechtigung dar. Pro Person sollen fünf Kilogramm im Monat bereitgestellt werden: Reis für drei Rupien je Kilo, Weizen für zwei Rupien und Hirse oder Sorghum für eine Rupie, umgerechnet zwei bis vier Euro-Cent und weniger als ein Zehntel des Marktpreises.

Reform des Public Distribution System

Zudem stellt das Gesetz einen neuerlichen Versuch dar, das PDS-System zu reformieren. Es biete die Möglichkeit, den Widerspruch zwischen gewaltigen Reserven und verbreitetem Hunger anzugehen, hofft der einflussreiche Wirtschaftsökonom und Aktivist Jean Drèze[6], der an der Erarbeitung des Ernährungssicherungs-Gesetzes als Mitglied im beratenden National Advisory Council[7] beteiligt war, 2012 aufgrund von Meinungsverschiedenheiten unter anderem über die Definition der Anspruchsberechtigung aber aus dem NAC ausschied.[8] Es bringt verschiedene bestehende Regierungsprogramme für bessere Ernährung wie das Schulspeisungsprogramm (Midday Meal Programme) und die Ernährungs- und Gesundheitsprogramme für Kinder, vor allem Mädchen, unter sechs Jahren und deren Mütter (Integrated Child Development Services) unter einem Dach zusammen.

Eine wesentliche Neuerung ist, dass jetzt auch Nichtregierungsorganisationen, lokale Frauengruppen und dörfliche Selbstverwaltungs-Institutionen (Panchayati Raj) Lizenzen für Fair Price Shops bekommen können, die bislang an private Betreiber versteigert wurden. Dadurch, so die Erwartung, könnte Missbrauch wie eine Abgabe an Nichtanspruchsberechtigte oder der illegale Verkauf verringert werden. Auch eine geplante Dezentralisierung der Lagerhaltung soll geringere Fehlallokation bringen. Und nicht mehr der Mann, sondern die älteste Frau im Haushalt soll als Empfangsberechtigte fungieren – auch das ein Versuch, die Zielführung des Systems auf Ernährungssicherheit zu verbessern.

Damit greift das Gesetz eine Reihe früherer Reformansätze des Public Distribution System in Bundesländern wie Chattisgarh und Tamil Nadu auf, durch die die Effizienz der Nahrungsmittelverteilung erheblich verbessert wurde. Anstelle einer an Empfängergruppen orientierten Ausrichtung («targeted» PDS) haben in diesen Bundesländern nahezu alle Bevölkerungsgruppen bereits Zugang zu den subventionierten Nahrungsmitteln. Fair Price Shops werden von lokalen Organisationen betrieben, durch Anreize für Betreiber wie beispielsweise höhere Gewinnmargen die Versuchung, die Nahrungsmittel illegal zu verkaufen, verringert, die Belieferung computerisiert. Eine Umsetzung solcher Reformen landesweit, die im Wesentlichen durch die Landesregierungen erfolgen muss, ist für Drèze eine der Voraussetzungen für den Erfolg des Gesetzes.

Für das Millet Network of India ist zudem die Aufnahme von Hirse und Sorghum in den Getreidekorb ein Erfolg langjähriger Lobby- und Kampagnenarbeit, mit der sich das Netzwerk für die bessere Förderung und Verbreitung traditioneller Getreidesorten einsetzt. Bislang wurden nur die Getreide der «Grünen Revolution», also Reis und Weizen, vom FCI aufgekauft. Nun besteht für Millionen Kleinbauern in den ausgedehnten Regionen mit Regenfeldbau im zentralen Hochland die Möglichkeit, ebenfalls von Garantiepreisen zu profitieren. Zudem, so das Mantra des Millet Network, seien Sorghum oder Hirse sehr viel nahrhafter als Weizen und Reis und folglich der Beitrag zu einer besseren Ernährung grösser.[9]

«Mängel und Lücken»

Die Ausweitung und die anvisierten Reformen lösen allerdings ein zentrales Problem des bestehenden Systems nicht: die leidige Frage der Erfassung von «armen» beziehungsweise «ernährungsunsicheren» Haushalten. Das bestehende Verfahren, um die Anspruchsberechtigung nachzuweisen, ist kompliziert und anfällig für ungerechtfertigte Ausschlüsse und Korruption. Neue Auswahlkriterien im Rahmen der höheren Quoten durch das neue Gesetz sind allerdings bislang nicht festgelegt und bleiben den einzelnen Landesregierungen überlassen. Dagegen plädierten die Right to Food Campaign oder Jean Drèze dafür, dass das «Gesetz die Regierungen der Bundesländer (hätte) verpflichten sollen, Ausschlusskriterien festzulegen und alle anderen als anspruchsberechtigt zu behandeln».[10] Anstatt eine Anspruchsberechtigung wie geringes Einkommen nachzuweisen, wäre es sehr viel leichter zu handhaben, beispielsweise Haushalte, die Steuern zahlen oder ein Auto besitzen, automatisch auszuschliessen. «Aber der möglicherweise gravierendste Mangel des Gesetzes besteht darin, dass es keine echten, durchsetzbaren Anspruchsrechte für alle schafft, weil die Definition und Auswahl der berechtigten Haushalte den Landesregierungen überlassen wird», erklärt Drèze.[11] Viel wird am Ende davon abhängen, wie die konkrete Umsetzung aussieht.

Auch die Right to Food Campaign kritisierte die Massnahmen laut *Frontline*[12] als «extrem unzulänglich», das Gesetz «macht Ernährungssicherheit zur Farce»: Menge und vor allem Qualität der Nahrungsmittel seien nicht ernährungsgerecht, weil beispielsweise Hülsenfrüchte und Speiseöl fehlen. Das Gesetz sei «Stückwerk» und «schafft nicht einmal annähernd Ernährungssicherheit». Zudem gibt es Zweifel, ob damit wirklich die Hungernden erreicht werden, die nur einen beschränkten Zugang zum PDS haben – unorganisierte ArbeiterInnen in den Städten, WanderarbeiterInnen, Schulabbrecher, Obdachlose, Alte und Kranke.

Ausserdem würde das Gesetz den Umstieg von direkter Lebensmittelverteilung auf ein System ermöglichen, bei dem die Haushalte Geld oder

Nahrungsmittelgutscheine erhalten, kritisieren Beobachter wie Oxfam India. Einen derartigen Systemwechsel fordern Privatisierungsbefürworter seit langem als die marktwirtschaftlich bessere Strategie, ähnlich wie für das Bildungs- und Gesundheitswesen. Technische Vorarbeiten dafür wie die Ausgabe von Kreditkarten (Smart Cards[13]) und flächendeckender Zugang zu Girokonten sind bereits weit fortgeschritten.

Die Gegner des Gesetzes, vor allem Wirtschaftsverbände und Finanzunternehmen, führten dagegen vor allem die Sorge um die weitere wirtschaftliche Entwicklung ins Feld: Prognostiziert werden ständig steigende Subventionen, die das Haushaltsdefizit vergrössern würden.[14] Damit würde es das Gesetz erschweren, das schwindende Investoreninteresse an Indien zurückzugewinnen. Ein Beispiel für diese Stimmungsmache ist ein Kommentar, in dem ein ungenannter «Chef eines führenden globalen Rohstoff-Handelsunternehmens» mit der Aussage zitiert wurde: «Damit wird das Schiff auf Grund gesetzt. Wenn das Ernährungssicherungs-Gesetz implementiert wird, wird Indiens Kreditwürdigkeit um zwei Punkte sinken.»[15]

Die Situation der Landwirtschaft

Das Right-to-Food-Netzwerk weist ferner auf ein grundsätzliches Problem hin: Ernährungssicherheit wird vorrangig als Verteilungsfrage gesehen. Was fehlt, seien Massnahmen, um die Erzeugung von Nahrungsmitteln und die Unterstützung von Kleinbauern, die wichtige Nahrungsmittelproduzenten sind, zu verbessern – also nicht nur die Ernährungssicherheit zu gewährleisten, sondern auch «die Sicherheit der Nahrungsmittelproduzenten», wie Sandeep vom Millet Network sagt.[16]

Zwar signalisieren die erheblichen Aufkaufmengen, mit denen die FCI dem Getreideanbau hilft, die enormen Reserven und die gestiegenen Exporte ein günstiges Bild der indischen Landwirtschaft. Die Sicherung des einheimischen Bedarfs kann zudem leicht durch eine Verringerung der Lagerungsverluste und der Exporte gewährleistet werden. Um die Produktion zu steigern, bestehen im internationalen Vergleich Spielräume bei den Ertragspotenzialen, bei denen Indien deutlich unter dem weltweiten Durchschnitt liegt.[17] Hoffnungen werden unter anderem auf eine Ausweitung der Anbauflächen in östlichen Bundesländern wie Bihar, Chattisgarh und Orissa gesetzt, die ihren Anteil an der Getreideproduktion kräftig gesteigert haben.

Doch gibt es auch erhebliche Strukturprobleme und Entwicklungen, die eine Strategie, Nahrungsmittelüberschüsse zu produzieren und zu verteilen, mittelfristig infrage stellen und einem umfassenden Konzept von Ernährungssicherung widersprechen. Problematisch ist die Situation bereits in den Gunststandorten der «Grünen Revolution» wie Punjab, Haryana oder Tamil Nadu, durch die die Nahrungsmittelproduktion gefährdet wird. Kon-

flikte um Wasser sind an der Tagesordnung, der Grundwasserspiegel sinkt, Böden sind durch Chemiedünger ausgelaugt, Produktionssteigerungen flachen ab.

Gleichzeitig schreitet die Privatisierung und Kommerzialisierung in der Landwirtschaft voran. Während staatliche Investitionen in die Landwirtschaft im vergangenen Jahrzehnt kaum gestiegen sind, haben sich die privaten Investitionen zwischen 2004/05 und 2009/10 verdoppelt.[18] Handels- und Supermarktketten sichern sich über Vertragslandwirtschaft ihre Versorgung. Während arme Bauern nicht genug Überschüsse produzieren, um von Garantiepreisen zu profitieren, fördern zusätzliche Massnahmen der Regierung wie die Verteilung von Saatgut, Pestiziden und Dünger, die in grossen Mengen bei nationalen und internationalen Unternehmen gekauft werden, die Agrarindustrie.[19] K. Sandeep vom Millet Network befürchtet daher, dass das Ernährungssicherungs-Gesetz dazu beiträgt, die Kommerzialisierung der Landwirtschaft und ihre zunehmende Kontrolle durch Agrar- und Ernährungsindustrie zu beschleunigen.

Zu einer Verdrängung der bäuerlichen Produktion von Grundnahrungsmitteln könnte auch das neue Gesetz über Landnutzungsänderungen und Enteignung (Land Acquisition Act) beitragen, das im September 2013 verabschiedet wurde. Zwar verspricht es ein «Right to Fair Compensation and Transparency in Land Acquisition, Rehabilitation and Resettlement». Doch Beobachter bleiben skeptisch, da Zentralregierung und Länderregierungen weiterhin zahlreiche rechtliche Möglichkeiten haben, Enteignungen und damit die Vertreibung kleinbäuerlicher Nahrungsmittelproduzenten beispielsweise für die zahlreichen Sonderwirtschaftszonen oder für «Entwicklungskorridore» wie den Delhi Mumbai Industrial Corridor durchzusetzen.[20]

Auf Dauer ist für die Strategie der Ernährungssicherung entscheidend, wie sich die Situation der Landwirtschaft und besonders die Produktion von Grundnahrungsmitteln entwickelt. Der Anstieg der Nachfrage, ungünstige Wetterbedingungen, eine Umstellung der Agrarproduktion von Grundnahrungsmitteln auf Baumwolle oder Soja oder die Verwendung von Nahrung als Futter könnten in der Zukunft Engpässe bringen. Unzureichende Produktion und steigende Preise würden eine Konkurrenz zwischen Staat und Ernährungsindustrie, garantierter Ernährungssicherheit und Verwertungsinteressen bedeuten.

Ein Garantiepreis kann helfen, diese Ausweitung der Produktion von Grundnahrungsmitteln voranzubringen – doch ist er bei weitem nicht ausreichend. Wesentlich sind gesicherte Landnutzungsrechte und eine Fortführung der Landreform, der stärkere Ausbau von Beratung, Investitionen in Infrastruktur wie Bewässerungsmöglichkeiten und Versorgung mit Inputs, Agrarforschung und verbessertes Saatgut, was vor allem auf die bäuerliche Landwirtschaft zugeschnitten sein muss.

Ausserdem bringen Produktionssteigerungen und Umverteilungsmechanismen allein keine umfassende Ernährungssicherheit, da sie nur einen begrenzten Beitrag zur Beseitigung der Ursachen von Ernährungsunsicherheit und verbreiteter Armut leisten, die bekanntlich in ländlichen Regionen besonders ausgeprägt sind: Subsistenzbauern und -bäuerinnen, Ernteteilhaber, männliche und weibliche Landarbeiter und Migranten machen das Gros der armen und ernährungsunsicheren Bevölkerung aus – angeblich sind 70 Prozent der Bevölkerung in ländlichen Regionen inzwischen landlos. Eine umfassende Ernährungssicherheit müsste daher auf mehreren Säulen ruhen: höhere Produktion, besonders durch kleinbäuerliche Betriebe, gezielte Verteilung von Nahrungsmitteln und höhere Einkommen und Kaufkraft ärmerer Bevölkerungsgruppen.[21]

Konflikt mit der WTO

Um einer Gefährdung der Nahrungsmittelproduktion gegenzusteuern, hat die Regierung als Anreiz für weitere Produktionssteigerungen bereits angekündigt, die Garantiepreise weiter zu erhöhen – auf mindestens 50 Prozent über den durchschnittlichen Produktionskosten. Perspektivisch könnte sie sich damit allerdings Probleme einhandeln: Eine Agrar- und Ernährungssicherungspolitik, die sowohl die Produzentenpreise als auch die Verbraucherpreise subventioniert, läuft Gefahr, bei steigenden Ausgaben für den Aufkauf von Grundnahrungsmitteln aufgrund steigender Produktionskosten und Nahrungsmittelpreise Finanzministern Kopfzerbrechen zu bereiten. Eine zukünftige Erhöhung der Abgabepreise im PDS als Lösung, die das Gesetz angeblich bis hin zum Garantiepreis für die Bauern erlaubt, würde andererseits die Armutsorientierung des Programms konterkarieren.

Probleme mit der Welthandelsorganisation WTO, die Subventionen für die Landwirtschaft nur in engen Grenzen erlaubt, hat es bereits gegeben. Denn bei einer Überschreitung drohen aufgrund des WTO-Abkommens zur Landwirtschaft (Agreement on Agriculture) Strafen und Klagen wegen Verzerrung von Marktpreisen, durch die andere Agrarexporteure benachteiligt werden könnten.

Vor der WTO-Ministerkonferenz im Dezember 2013 in Bali verteidigte die indische Regierung ihre Subventionspolitik mit dem Argument der Ernährungssicherheit «als nicht verhandelbar» und drohte, ansonsten die Verhandlungen über ein WTO-Abkommen platzen zu lassen. Gemeinsam mit der G-33, einer Gruppe von Ländern mit einem hohen Anteil kleinbäuerlicher Landwirtschaft, forderte sie eine Aussetzung der Strafandrohung, bis die Zulässigkeit von Subventionen für Ernährungssicherung und eine entsprechende Vorratshaltung geklärt sei. Am Ende akzeptierte es dann eine «Friedensklausel», eine Stillhaltefrist der WTO von vier Jahren. Indi-

sche zivilgesellschaftliche Gruppen kritisieren allerdings, dass dieser Kompromiss nur für die bestehenden Regelungen des Ernährungssicherungsprogramms gilt. Indien darf es nicht ausweiten oder andere Agrarprodukte zusätzlich einbeziehen, andere Länder dürfen es nicht als Modell übernehmen.[22]

Sicherung der Produktion von Grundnahrungsmitteln

Ernährungssicherheit als Rechtsanspruch, der vorwiegend über Verteilung eingelöst werden soll, ist zwar ein Fortschritt, aber für sich genommen zweischneidig, solange er nicht mit Änderungen der Agrarpolitik einhergeht. Dauerhaft erfüllt werden kann er nur auf der Grundlage einer entsprechend ausgerichteten Agrarentwicklung, die vor allem die Produktion von Grundnahrungsmitteln sicherstellt und eingebettet sein muss in eine umfassende Strategie nationaler Ernährungssicherheit. Ob diese Strategie allerdings auf die bäuerliche Landwirtschaft setzt oder doch eher auf agrarindustrielle Produktionssteigerungen, ist dem Konzept einer Ernährungssicherheit als Rechtsanspruch anscheinend äusserlich.

Während die Regierung mit dem NFSA nicht nur den Forderungen des Obersten Gerichtshofs nachkommt, sondern auch Wahlkampf macht – im Mai 2014 stehen Neuwahlen fürs Parlament an –, verfolgt sie in der Agrarpolitik eher eine Strategie, die durch die Vernachlässigung bäuerlicher Kleinbetriebe, Landverlust und die Förderung einer kommerziellen Agrar- und Ernährungsindustrie Ernährungsunsicherheit verstärkt. Die Politik in Indien zeigt, dass eine Ernährungssicherungsstrategie und eine Umsetzung des Rechts auf Nahrung, die verkürzt wird auf Zugang, Verteilung und Finanzierung, nicht notwendig auch die Frage der Agrarentwicklung auf den Prüfstand stellt, geschweige denn eine Förderung von Alternativen zur industriellen Landwirtschaft.

Anmerkungen

1 www.agrimoney.com, 21. Februar 2013.
2 Siehe Food Corporation of India: www.fciweb.nic.in/procurements/index.
3 Welthungerhilfe / IFPRI / Concern Worldwide, 2012: Global Hunger Index. Oktober 2012, 19.
4 World Bank, 2006: India Undernourished Children. A Call for Reform and Action. www.worldbank.org/en/news/feature/2006/05/18/india-undernourished-children-reform-action (Abfrage 3.2.2014).
5 www.agrimoney.com, 21. Februar 2013. www.agrimoney.com/news/indias-wheat-exports-to-set-new-record-in-2013-14--5542.html (Abfrage 3.2.2014).
6 Interview unter: www.tehelka.com, 31. August 2013. www.tehelka.com/the-food-security-bill-can-help-to-protect-the-people-from-poverty-and-insecurity/ (Abfrage 3.2.2014).

7 Mit dem National Advisory Council hatte die Regierung 2004 ein Beratungsinstrument geschaffen, von dem eine Reihe sozialpolitischer Anstösse wie die Beschäftigungsgarantie für arme ländliche Bevölkerungsgruppen im Rahmen von NREGA (National Rural Employment Guarantee Act, 2005) ausgegangen sind. Unter anderem war der NAC auch an der Ausarbeitung des NFSA aktiv beteiligt.

8 Times of India vom 28. Februar 2012. articles.timesofindia.indiatimes.com/2012-06-28/india/32456623_1_national-food-security-bill-nac-harsh-mander; Hindustan Times vom 7. März 2011. www.hindustantimes.com/india-news/newdelhi/differences-with-nac-push-dreze-to-quit-food-panel/article1-670626.aspx (Abfrage 3.2.2014).

9 Hoering, Uwe, 2002: Früchte der Vielfalt. Bonn (Brot für die Welt). www.globe-spotting.de/fileadmin/user_upload/globe-spotting/agriculture/eed_Fruechte_Vielfalt_02_deu.3.pdf (Abfrage 3.2.2014).

10 www.tehelka.com/the-food-security-bill-can-help-to-protect-the-people-from-proverty-and-insecurity

11 Ebd.

12 Frontline, 9. August 2013.

13 www.cse.iitk.ac.in/users/moona/smartcard//.

14 Nach Regierungsangaben liegen die Kosten bei umgerechnet 22 Milliarden US-Dollar, etwa 4,5 Milliarden höher als gegenwärtig, wobei die Subventionen bereits in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen sind. Ein Papier der Commission for Agricultural Costs and Prices schätzt allerdings, dass der Finanzierungsbedarf doppelt so hoch liegen könnte, wie *The Wall Street Journal* vom 8. Mai 2013 berichtet.

15 Bhavdeep Kand auf www.tehelka.com, 13. April 2013. Die Gegner des Gesetzes unterschlagen nicht nur, dass der Anteil dieser Subventionen an Staatshaushalt oder Bruttoinlandsprodukt gering ist; sie blenden auch geflissentlich andere Ursachen für das Haushaltsdefizit und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten wie Steuervermeidung und -hinterziehung, Subventionen für die Industrie oder milliardenschwere Investitionen in mehr oder minder unsinnige Grossprojekte oder Rüstung sowie weltwirtschaftliche Verwerfungen aus.

16 Gespräch des Verfassers mit K. Sandeep am 28. September 2013.

17 Carrasco, Bruno / Mukhopadhyay, Hiranya, 2012: Food Price Escalation in South Asia. In: Economic & Political Weekly, Vol. XLVII, No. 46, 59–70, 62.

18 Ebd., 63.

19 Sandeep, K. / Deccan Development Society, 2013: National Food Security Bill – A Critique (unveröffentlichtes Manuskript), Oktober.

20 Frontline, 11. Januar 2013, 31–35; The Hindu, 15. September 2013.

21 Die Festsetzung von Mindestlöhnen und NREGA (siehe Anm. 6) haben zwar anscheinend in einigen Regionen die Beschäftigungssituation verbessert und zu höheren Löhnen geführt, nicht aber zu einer umfassenden und dauerhaften Verbesserung der Einkommenssituation der Kleinstbauern und Landlosen.

22 Basu, Soma, 2013: WTO 9th ministerial: victory or compromise deal for India? In: Down to Earth, 7. Dezember 2013. www.downtoearth.org.in/content/india-s-tough-stand-wto-helps-clinch-deal-protects-food-security-plan (Abfrage 15.1.2014).